

Editorial

Beinahe-Einstimmigkeit im Grossen Rat zugunsten des Entwurfs über die Rekapitalisierung der PKSPF

Mit Freude hat die FEDE das Abstimmungsergebnis des Grossen Rates zur Kenntnis genommen. Mit 93 zu 7 Stimmen und 6 Enthaltungen hat das Freiburger Parlament gutgeheissen, dass der Staat als Arbeitgeber die Aufgabe, sich an der Rekapitalisierung der Pensionskasse des Staatspersonals PKSF zu beteiligen, wahrnehmen soll. Auch wenn die FEDE bedauert, dass die Abgeordneten die Nachbesserungen des Entwurfs ablehnten, obwohl sie sie noch persönlich dazu eingeladen hatte, diese zu berücksichtigen, stellt diese Abstimmung einen Meilenstein im Prozess dar. Im Hinblick auf die nächste Phase ist diese Beinahe-Einstimmigkeit ein starkes Zeichen. Am 29. November kommt der Entwurf vor das Volk.

Die FEDE ist sich wohl bewusst, dass der Entwurf nicht perfekt ist, aber auf die staatliche Finanzierung kann nicht verzichtet werden. Denn ohne diesen Beitrag würden sich die Rentenverluste als schwindelerregend erweisen – die Ausgleichsmassnahmen würden auf die Personen begrenzt, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Plans das 59. Lebensjahr vollendet haben. Der Rest der Staatsangestellten würde mit den erwarteten Verlusten von mitunter 30 % eine eiskalte Dusche erhalten.

Die COVID-19-Krise hat gezeigt, wie unerlässlich ein starker Service public für das Volk ist – nicht nur für den Umgang mit einer Krise, sondern ganz einfach für die Sicherstellung von qualitativ hochstehender Gesundheitsversorgung und Bildung sowie zur Gewährleistung der Lebensmittelversorgung und Sicherheit für jede/n Einzelne/n. Am Ende muss die Rekapitalisierung für diejenigen, die zum allgemeinen Wohl und zu unserem individuellen Komfort beitragen, für würdige Ruhestandsbedingungen sorgen. Von der Anerkennung dieser Arbeit hängt am Ende die Unterstützung des Volkes für den Entwurf ab.

Pressespiegel

La Gruyère – 25. Juni 2020

«Wie der Grosse Rat betrachten auch sämtliche Parteien diese Reform als unerlässlich ... Die SP-Fraktion ist der Meinung, der Kanton müsse den Unternehmen mit einem vorbildlichen Entwurf den Weg weisen. Für die LPS und die SVP ist jeder weitere Schritt ausgeschlossen. Die beiden Fraktionen haben angekündigt, sie würden jegliche Nachbesserungen in diese Richtung ablehnen.»

Dominique Meylan, Journalist

«Nicht zu handeln wäre eine krasse Verantwortungslosigkeit.»

Claude Brodard, FPD, Le Mouret

«Wir müssen eine nachhaltige Lösung finden, die vor dem Volk eine Chance hat.»

Bruno Boschung, CVP, Wünnewil

La Liberté – 25. Juni 2020

«Man muss sagen, dass das vom Finanzminister Georges Godel geschnürte Paket im Grossen und

Ganzen bei allen politischen Parteien Zustimmung findet.»

Nicolas Maradan, Journalist

«Gewisse Angestellte glauben, man stehle ihnen ihr Geld. Aber das ist nicht wahr. Ich bin überzeugt, dass es verantwortungslos wäre, diese sich heute aufzwingenden Entscheidungen nicht zu treffen.»

Mirjam Ballmer, Grüne, Freiburg

«Aber mit dem Entwurf, den wir heute vorlegen, bleibt unsere Kasse besser als die Publica, die Vorsorgeinstitution des Bundes, besser als die Kassen der Post, der SBB und sogar der Kantone Bern und Neuenburg.»

Georges Godel, Staatsrat

«Die Coronavirus-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig der Service public ist. Lehrpersonen, Polizei und Pflegepersonal haben hervorragende Arbeit geleistet. Für sie zu klatschen reicht nicht.»

Ursula Krattinger-Jutzet, SP, Düringen

La Liberté, 25. Juni 2020

«(...) dieser Konsens trägt dem durch die Föderation der Personalverbände der Staatsangestellten des Kantons Freiburg (FEDE) geförderten sozialen Dialog viel mehr Rechnung als der Durchhaltepolitik des Schweizerischen Verbandes des Personals öffentlicher Dienste (VPOD).»

Nicolas Maradan, Journalist

La Liberté, Bernard Fragnière, Leserbrief

«Die FEDE ist mit einem Rückgang der Rentenleistungen für die Staatsangestellten nicht einverstanden. Liesse sie die Risiken eines Scheiterns des gegenwärtigen Entwurfs ausser Acht, würde sie ihre Mitglieder und das Personal schlecht verteidigen.

Ohne eine Erhöhung der paritätischen Beiträge, ohne die 380 Millionen Franken, die für die Übergangsmassnahmen bestimmt sind, wären die Rentenverluste katastrophal. Aus Respekt vor den Angestellten, deren Interessen wir verteidigen, war es für den FEDE-Vorstand

ausgeschlossen, dieses Risiko einzugehen.»

Bernard Fragnière, Präsident der FEDE

Freiburger Nachrichten, 25. Juni 2020

«Wir haben mehr als 30 Varianten studiert. Diese Lösung vereint am besten die Interessen aller.»

Georges Godel, Staatsrat

«Wir brauchen ein Projekt, das möglichst viele überzeugt, damit es im Herbst an der Urne angenommen wird. Wir wollen den Plan B vermeiden.»

Georges Godel, Staatsrat

«Es brauchte eine viel tiefer gehende Reform. Jetzt haben wir ein Projekt, das auch Chancen vor dem Volk hat. Eine gesunde Pensionskasse ist immer attraktiv für Arbeitnehmer.»

Bruno Boschung, CVP, Wünnewil

La Liberté, 27. Juni 2020

«Diese Reform ist äusserst wichtig für die Attraktivität der öffentlichen Dienste und des Staates Freiburg als Arbeitgeber. Wenn wir über die besten Mitarbeitenden verfügen wollen, müssen wir attraktiv sein. Auf diese Weise können wir die Qualität der öffentlichen Leistungen sicherstellen. Die Freiburger Staatsangestellten würden fast gleich viel zahlen wie der Staat selber (die theoretischen Kosten der Reform betragen total 1,4 Milliarden Franken; Anm. d. Red.). Dieses Gleichgewicht ist ausserdem im Bundesrecht vorgesehen ...

In meinem Besitz befindet sich ein Brief der Aufsichtsbehörde, worin wir aufgefordert werden, bis Ende Jahr einen Plan B vorzulegen, für den Fall, dass das Volk die Reform ablehnt. Der besagte Plan B zwingt die Kasse, die Leistungen der Versicherten direkt zu beeinflussen, wodurch diese mit massiv grösseren Verlusten konfrontiert würden.»

Georges Godel, Staatsrat

Gesichter des öffentlichen Dienstes

«Es ist wirklich wichtig, dass man unsere Bedürfnisse ernst nimmt»

Das Staatspersonal stand während der Corona-Krise an der Front. Seine Arbeit wurde von der Bevölkerung sehr begrüsst. In der Serie «Gesichter des öffentlichen Dienstes», die wir heute mit Sara Selmi eröffnen, übergeben wir jeweils das Wort einer Vertreterin / einem Vertreter des Service public. **Sara Selmi** ist Anästhesistin am HFR und Personalvertreterin im Verwaltungsrat des Spitals. Das Interview fand ein paar Tage nach den ersten Lockerungen der Corona-Massnahmen statt.



Wie haben Sie diese Krise persönlich und gemeinsam mit dem Personal des HFR erlebt?

Ich bin Pflegefachfrau mit Spezialisierung in Anästhesie – unsere Leistungen wurden stark in Anspruch genommen. COVID hat dazu geführt, dass wir die geplanten Operationen auf Eis legen und auf der Intensivstation aushelfen mussten. Die Anästhesistinnen und Anästhesisten verfügen über eine sehr solide Ausbildung und besitzen die notwendigen Fähig-

keiten, um sich um intubierte Personen mit schweren Erkrankungen und vielen Komplikationen zu kümmern, wie es bei den COVID-Erkrankten der Fall war.

Das Anästhesie-Team hat also seinen gewohnten Arbeitsbereich verlassen, um in einem ganz anderen Gebiet einzuspringen. Dies war sehr verunsichernd, aber wir haben uns angepasst: an den speziellen Rahmen mit den Patientinnen und Patienten auf der Intensivstation, an den Stress, die Angst ... Nun galt es, mit neuen Teams zusammenzuarbeiten und insbesondere die Unsicherheit zu bewältigen.

Bei Notfällen habe ich parallel dazu weiterhin noch in der Anästhesie gearbeitet. Ich hatte also verschiedene Arbeitszeitmodelle und viele Nachtschichten. Das war natürlich eine sehr ermüdende Zeit. Wir waren wirklich an der Front.

Wie fühlen Sie sich heute, zum Zeitpunkt, da die Spitze der Krise vorüber scheint?

Ich bin sehr erleichtert, dass wir diese Zeit hinter uns haben, aber wir sind alle sehr müde. Auch wenn wir weit Schlimmeres erwartet hatten, war die Welle anstrengend, mit permanenter Anspannung und sehr grosser Notwendigkeit, sich anzupassen. Jetzt nehmen wir die normalen Tätigkeiten wieder auf, ohne zwischen der Krise und der Wiederaufnahme unserer eigentlichen Arbeit die Zeit gehabt zu haben, uns auszuruhen. Das ist echt schwierig. Darin sind sich im Spital alle einig. Ich war erstaunt darüber, die Menschen, die ich als sehr robust und stabil erlebt hatte und die sich nie beklagt hatten, vor Müdigkeit weinen zu sehen.

Aber es herrscht auch eine starke Solidarität und viel Freude: Wir sind zusammengewachsen, wir haben uns gegenseitig geholfen. Wir haben in dieser Zeit sehr viel gelernt. Es gab unglaublich viel Solidarität und Hilfe. Auch die Ärztinnen und Ärzte sehen uns aus einem anderen Blickwinkel und zeigen viel mehr Anerkennung für unsere Arbeit.

Es scheint, niemand möchte mehr Ihren Ausstieg aus dem StPG. Denken Sie, dass

sich die Sichtweise auf Ihre Arbeit verändert hat?

Ja, da bin ich überzeugt. Das Pflegepersonal ist das Gerüst des Spitals und in einer solchen Krise werden sich alle dessen bewusst. Es ist das Fachpflegepersonal, das sich um die Versorgung der Patientinnen und Patienten kümmert und in deren unmittelbarer Nähe arbeitet. Was ich seit 20 Jahren beobachte, ist, dass es die Pflegenden, die Hilfspflegenden, die Putzkräfte, die Menschen in der Küche sind, die das Spital am Laufen halten.

Es wäre also für alle – für die Politik, die Direktion und die Bevölkerung – ein Risiko, uns aus dem StPG zu nehmen. Der Verlust an Attraktivität dieses Berufs würde weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen; nicht nur, was die Personalknappheit anbelangt, sondern auch rein finanziell. Studien zeigen, dass die Spitäler, wenn sie die von Pflegefachpersonen geleistete Versorgung oder die Anzahl der Pflegefachpersonen pro Patient/in herabsetzen – sei es auch nur für wenige Stunden – sehr schnell mehr Geld verlieren, als sie dabei beim Personal einsparen. Gut ausgebildetes Personal erlaubt also den Spitälern zu sparen.

Diese Krise zeigt insbesondere, welche Schlüsselrolle die Personen spielen, die unseren Gesundheitsberuf ausüben. Unsere Berufe sind in den Mittelpunkt gerückt. Die Medien haben ihnen viel Aufmerksamkeit geschenkt. Die Bevölkerung konnte sich ein besseres Bild von der essenziellen Rolle des Pflegepersonals in den Spitälern machen.

Die Debatten über den StPG oder das Streikverbot haben viele von uns schockiert. Sie zeigen die mangelnden Kenntnisse über unsere Arbeit und unsere Werte ... Natürlich sind «Krankenschwestern» keine Nonnen mehr, aber geblieben ist, dass wir niemals einen Kollegen/ eine Kollegin oder einen Patienten/ eine Patientin im Stich lassen. Wenn das Pflegepersonal weiterhin geringschätzt wird, ist die Gefahr gross,

dass es die Motivation, die es auszeichnet, verliert.

Sind Sie stolz auf die Arbeit Ihrer Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Monaten?

In der Pflege haben wir keinen persönlichen Stolz, aber wir wollen immer unsere Arbeit recht machen und in dieser Krise haben wir ganz klar die Befriedigung der verrichteten Arbeit zu Diensten von Personen, die diese benötigten. Wir haben Leben gerettet, Menschen entlastet, wir mussten Personen in den Tod begleiten.

Was sind heute Ihre Erwartungen gegenüber dem Staat?

Die Dankbarkeit, die uns die Bevölkerung und die Behörden entgegengebracht haben, tut gut. Aber ich denke, dass wir konkrete Bemühungen brauchen. Wir erwarten eine bessere Reaktion auf unsere Bedürfnisse, mehr Unterstützung und eine Anerkennung unseres Berufs, die der Dauer unserer Ausbildung entspricht. Wir erwarten also ganz einfach, dass wir unterstützt und verteidigt – anstatt angegriffen – werden.

In der COVID-Krise wollte man uns zu Heldinnen machen. Aber ich bin nicht Wonder Woman. Ich hätte einfach gerne, dass dem Beruf, den ich gewählt habe und ausübe, mehr Respekt entgegengebracht wird, und somit auch der Tatsache, dass ich zu unregelmässigen Zeiten arbeite und Nachtarbeit leiste, dass ich einer grossen Belastung ausgesetzt bin, dass ich ein Recht darauf habe, am Morgen nach einer Nachtschicht frei zu bekommen ... Ich hätte gerne, dass sich die Behörden und die Spitalleitung für jene Faktoren einsetzen, die es unseren Berufen erlauben, attraktiv zu bleiben, damit die Menschen weiterhin Lust haben, diesen Beruf auszuüben. Und um dahin zu kommen, ist es wirklich wichtig, dass man uns zuhört und unsere Bedürfnisse ernst nimmt.
